

So geschlossen ist die Abwehrfront nicht

Soll die Zürcher Wirtschaft einen Teil der Kosten der Kinderbetreuung tragen müssen? Nein, sagen die politische Mitte und die Rechte. Es gibt aber Ausnahmen.



Die bewährte Zuständigkeit der Gemeinden und der Eltern für das Betreuungsangebot darf nicht angetastet werden. (Bild: Gaëtan Bally / Keystone)

wbt. · Nicht den Hauch einer Chance hatte die Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» (Kinderbetreuung Ja) im März im Kantonsrat. Zum Teil mag dies mit dem Absender zusammenhängen: Die Initiative ist ein Kind der Alternativen Liste (AL). Sie verlangt die Einrichtung eines kantonalen Betreuungs fonds, der aus Abgaben der Zürcher Betriebe gespeist wird. Mit 2 bis 5 Promille der Lohnsumme müssten diese künftig dazu beitragen, dass mehr Betreuungsplätze geschaffen und diese für die Eltern günstiger werden.

Für die geschlossene Mitte und Rechte im Kantonsrat ist dies ein Holzweg. Es handle sich um nichts anderes als um eine verklausulierte Steuererhöhung für Unternehmen – ausgerechnet in einer Zeit, in der diese schon genug zu kämpfen hätten, hiess es in der Debatte. Die bewährte Zuständigkeit der Gemeinden und der Eltern für das Betreuungsangebot dürfe nicht angetastet werden. Ein Engagement der Wirtschaft müsse freiwillig sein. Nur die SP und die Grünen folgten der AL.

Nun zeigt sich, dass die Geschlossenheit der Abwehrfront ausserhalb des von Fraktionsdisziplin geprägten Kantonsrats nicht ganz so rigide ist. Das macht die voraussichtlich am 25. September stattfindende Urnenabstimmung etwas spannender als die Ratsdebatte. Jedenfalls legt dies die Zusammensetzung des Initiativkomitees nahe, die dieser Tage publik geworden ist.

Da tritt an vorderster Front etwa Gemeindepräsidentin Ursula Fehr aus Eglisau auf, die wie ihr Mann, alt Nationalrat Hans Fehr, für die SVP politisiert. An ihrer Seite kämpfen für die Initiative BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti, alt CVP-Nationalrätin Rosmarie Zapfl-Helbling, EVP-

Politikerin Claudia Rabelbauer und Isabel Garcia, GLP-Fraktionspräsidentin im Zürcher Gemeinderat. Sie alle vertreten Parteien, die im Kantonsrat durchs Band Nein gestimmt haben. Natürlich ist im 21-köpfigen Komitee auch die linke Politprominenz zu finden – angefangen bei SP-Nationalrätin Jacqueline Badran und VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber (gp.). Zu den wenigen Männern gehören alt Regierungsrat Markus Notter (sp.) und der Präsident des Zürcher Gewerkschaftsbunds, Kantonsrat Markus Bischoff (al.).

Gut repräsentiert sind aber vor allem all die Organisationen, die sich aus verschiedenen Gründen für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung starkmachen. Dazu gehören Ellen Ringier, Präsidentin der Stiftung Elternsein, und Thomas Jaun, Präsident des Netzwerks Kinderbetreuung Schweiz. Auch die Wissenschaft ist mit der emeritierten Freiburger Professorin Margrit Stamm und Andrea Lanfranchi von der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik gut vertreten, wogegen man Vertreter der Privatwirtschaft suchen muss. Neben Badran (Inhaberin der Zeix AG) taucht die Web-Agentur Liip AG mit Mitgründer Christian Stocker auf.